

Bundesminister Dr. Robert Habeck
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
11019 Berlin

Berlin, 16. Juni 2023

Reaktion zur Novelle des Klimaschutzgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Habeck,

wir bedanken uns für die Zuleitung des Gesetzentwurfs und die Gelegenheit zur Stellungnahme. Allerdings protestieren wir gegen die uns hierzu gesetzte, inakzeptabel kurze Frist. Um zu einem zentralen Regelwerk für die Generationenaufgabe Klimaschutz Stellung zu beziehen und unsere über 230 Mitglieder, die unmittelbar daran mitwirken und wirtschaftlich hiervon betroffen sind, ordentlich in die Meinungsbildung einzubeziehen, ist so unmöglich. Wenn die Bundesregierung die Meinung von Verbänden wirklich interessiert, verbietet sich ein solches Vorgehen.

Mit dem Entwurf wird die Governance für den Klimaschutz erheblich geschwächt, wenn die einzelnen Ressorts von der Pflicht entbunden werden, bei Zielverfehlung Sofortprogramme vorzulegen. Stattdessen werden in § 8 diese durch ein „Vorgehen“ ersetzt. Zielabweichungen müssten erst zwei Jahre in Folge auftreten und durch den Expertenrat bestätigt werden. Der nächste Bericht würde erst 2025 vorgelegt. Nachsteuerungen würden dann vermutlich frühestens 2026 in Kraft treten. Zu spät, um die Klimaziele zu erreichen.

Vor allem droht mit dem Entwurf die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, die Klimaziele ernsthaft zu verfolgen, nach dem Gesetzgebungsverfahren zur Novelle des GEG und einem allenfalls moderaten Entwurf für ein Energieeffizienzgesetz endgültig verloren zu gehen. Deutschland als Standort einer Klimawirtschaft, darunter einer Energieeffizienzbranche mit über 600.000 Beschäftigten, braucht Planungssicherheit für die mit der Transformation anstehenden Investitionen.

Gefordert ist jetzt vielmehr eine Stärkung der Governance, da die Klima- und Energieziele, besonders deutlich aber die Energieeffizienzziele, verfehlt wurden. Damit die Energiewende wirtschaftlich erfolgreich vollendet werden kann, wird ein starkes Energieeffizienzgesetz umso wichtiger, das mit verbindlichen Zielen und hinreichenden Maßnahmen unterlegt werden muss. Entscheidend wird ein fortlaufendes Monitoring von Maßnahmen und Fortschritten, auch über ein öffentliches Webportal. Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, endlich wieder eine konsistente Klimastrategie vorzulegen. Seit dem Energiekonzept 2010 fehlt eine solche Gesamtstrategie.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Müller, MdB, Vorstandsvorsitzender